

Stellungnahmen Umsatzsteuerliche Organschaft (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG) - Konsequenzen der Rechtsprechung des EuGH und des BFH

31. Januar 2017

Das BMF hatte am 14. Dezember 2016 den Entwurf eines Schreibens zur Umsetzung aktueller BFH-Rechtsprechung zur umsatzsteuerlichen Organschaft sowie zum Vorsteuerabzug beim Halten von gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen vorgelegt. Wir haben gemeinsam im Rahmen der Deutschen Kreditwirtschaft und mit den anderen Spitzenverbänden der deutschen gewerblichen Wirtschaft hierzu Stellung genommen. Neben detaillierten Einzelanmerkungen zu den vorgesehenen Änderungen des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses haben wir insbesondere noch einmal auf die bestehende Rechtsunsicherheit hingewiesen, die auch nach der aktuellen Rechtsprechung des BFH fortbesteht und dringend einer Klärung bedarf. Für die Anwendung der geplanten Neuregelungen haben wir daher um eine großzügigere Übergangsregelung gebeten.